

(Absender Antragsteller/in)

An d**Stadt-/Gemeindeverwaltung Musterstadt****Anschrift****Anträge auf Erteilung einer Erlaubnis zum Betrieb einer Spielhalle oder eines ähnlichen Unternehmens**

- I. gemäß § 33i der Gewerbeordnung (GewO) i. V. m. der Verordnung über Spielgeräte und andere Spiele mit Gewinnmöglichkeit (Spielverordnung - SpielV) und
- II. gemäß § 24 Abs. 1 Glücksspielstaatsvertrag (GlüStV) und § 11 Landesglücksspielgesetz (LGlüG) i. V. m. § 15 Abs. 3 Satz 2 LGlüG – Anlage

Antragsteller/in: Natürliche Person/Geschäftsführender Gesellschafter einer Personengesellschaft/Personenhandelsgesellschaft**Hinweis:**

Bei Personengesellschaften (GbR) und Personenhandelsgesellschaften (OHG, KG, GmbH & Co. OHG, GmbH & Co. KG) hat jeder geschäftsführungsberechtigte Gesellschafter die Erlaubnis auf seinen Namen zu beantragen und die geforderten Nachweise zu erbringen.

I. Antrag auf Erteilung einer Erlaubnis gemäß § 33i Abs. 1 GewO**1. Antragsteller/in**

Familienname		Vorname (Rufname bitte unterstreichen)	
Geburtsname (nur bei Abweichung)		Geburtsdatum	
Geburtsort		Staatsangehörigkeit	
Anschrift derzeitiger Hauptwohnsitz (Straße, Hausnummer)			
PLZ		Ort	
Telefon/Mobilfunknummer	Fax	E-Mail	

Hauptwohnsitze in den letzten drei Jahren (von – bis: Straße, Hausnummer, PLZ, Ort):

2. Angaben zum Unternehmen

2.1

Ggf. Unternehmensbezeichnung bzw. im Handelsregister eingetragener Name mit Rechtsform (nur auszufüllen, soweit Eintragung vorliegt)		IHK Ident-Nr. (soweit vorhanden)	
Handelsregistergericht und –nummer (nur auszufüllen, soweit Eintragung vorliegt)			
Straße, Hausnummer der Hauptniederlassung			
PLZ		Ort	
Telefon	Fax		E-Mail

Gewerbliche Niederlassungen in den letzten fünf Jahren (von – bis, Straße, Hausnummer, PLZ, Ort):

2.2 Stellen Sie eine/n Betriebsleiter ein oder wird eine Zweigniederlassung Ihres Betriebes von einem/einer Beauftragten geleitet?

Nein

Ja Falls ja, bitte Name, Geburtsname (falls abweichend), Vornahme/n, Staatsangehörigkeit/en, Geburtsdatum, Geburtsort und aktuelle Wohnanschrift angeben:

3. Angaben zum Umfang der Erlaubnis

Beantragt wird

- unter I. die Erlaubnis zum Betrieb einer Spielhalle gemäß § 33I Abs. 1 GewO,
 unter II. die glücksspielrechtliche Erlaubnis gemäß § 24 Abs. 1 Glücksspielstaatsvertrag (GlüStV) und § 11 Landesglücksspielgesetz (LGlüG) i. V. m. § 15 Abs. 3 Satz 2 LGlüG

4. Angaben zu den Betriebsräumen der Spielhalle

- a) Lage/Stockwerk
 b) Grundfläche
 c) Höhe
 d) Toiletten (Anzahl/Lage)
 e) Eingang zu der allgemein zugänglichen Fläche
 f) Vorräume
 g) Ist eine Zeichnung beigelegt? Ja wird nachgereicht
 h) Ist ein Lageplanausschnitt beigelegt? Ja wird nachgereicht
 h) Sonstiges

- 4.1** Es handelt sich um die Errichtung eines Neubetriebes. Ja Nein
 Falls ja, ist eine baurechtliche Erlaubnis erteilt? Ja* Nein

* Eine baurechtliche Erlaubnis muss der Behörde vor Erteilung der Erlaubnis (§ 31 GewO) vorliegen

- 4.2** Es handelt sich um die Betriebsübernahme eines bestehenden Betriebes. . Ja Nein

- 4.2.1** Falls ja, haben bauliche Veränderungen stattgefunden oder sind welche geplant? Ja Nein
 Falls ja, ist eine baurechtliche Erlaubnis erteilt? Ja* Nein

* Eine baurechtliche Erlaubnis muss der Behörde vor Erteilung der Erlaubnis (§ 31 GewO) vorliegen

- 4.2.2** Es haben keine baulichen Veränderungen stattgefunden und es sind auch keine geplant. Ja Nein

Hinweise:

Der Aufsteller von Geldspielgeräten benötigt eine Aufstellerlaubnis (§33c Abs. 1 GewO).sowie eine Bestätigung über die Geeignetheit des Aufstellortes (§33c Abs. 3 Satz 1 GewO).

Eine Erlaubnis nach § 33i Abs. 1 GewO ersetzt nicht die Erlaubnis nach § 33c Abs. 1 GewO bzw. § 33c Abs. 3 Satz 1). Der Beginn des Gewerbes ist der zuständigen Behörde gemäß § 14 GewO unverzüglich schriftlich anzuzeigen.

5. Angaben zur Zuverlässigkeit und zu den Vermögensverhältnissen**5.1 Angaben zu anhängigen Straf-, Bußgeld- oder Gewerbeuntersagungsverfahren in den letzten drei Jahren:**

5.1.1 Ist oder war gegen Sie ein Strafverfahren wegen eines Verbrechens, wegen Diebstahls, Unterschlagung, Erpressung, Hehlerei, Geldwäsche, Verschleierung unrechtmäßig erlangter Vermögenswerte, Betruges, Untreue, unerlaubter Veranstaltung eines Glücksspiels, Beteiligung am unerlaubten Glücksspiel oder wegen eines Vergehens nach § 27 Jugendschutzgesetz anhängig?

Ja Nein

5.1.2 Wird gegen Sie ein Bußgeldverfahren wegen Verstößen bei einer gewerblichen Tätigkeit betrieben?

Ja Nein

5.1.3 Ist oder war gegen Sie ein Gewerbeuntersagungsverfahren anhängig?

Ja Nein

5.1.4 Wenn vorstehend ja, bei welcher Staatsanwaltschaft, welchem Gericht oder welcher Behörde?

5.2 Angaben zur wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit

5.2.1 Ist über Ihr Vermögen ein Insolvenzverfahren eröffnet

Ja Nein

oder die Eröffnung mangels Masse abgelehnt worden?

Ja Nein

5.2.2 Haben Sie eine Eidesstattliche Versicherung (EV) abgegeben oder

Ja Nein

liegt eine entsprechende Haftanordnung vor?

Ja Nein

6. Erforderliche Unterlagen

Für die Bearbeitung des Antrags sind folgende Unterlagen erforderlich:

6.1 Auskunft aus dem Bundeszentralregister zur Vorlage bei einer Behörde

beauftragt am _____ wird nachgeholt

6.2 Auskunft aus dem Gewerbezentralregister zur Vorlage bei einer Behörde

beauftragt am _____ wird nachgeholt

Hinweis:

Die Auskünfte sind bei der Wohnsitzgemeinde zur Vorlage bei einer Behörde zu beantragen, d. h. sie werden direkt übersandt. Es ist unerlässlich, dass Sie bei der Beantragung die genaue Anschrift der zuständigen Erlaubnisbehörde sowie den Verwendungszweck „Antrag auf Erlaubnis nach § 33i Abs. GewO“ angeben. Die Auskünfte können auch in dem vom Bundesamt für Justiz bereit gestellten Online-Verfahren beantragt werden. Nähere Informationen zum Antragsverfahren können Sie der Homepage des Bundesamts für Justiz entnehmen: <https://www.fuehrungszeugnis.bund.de/ffw/form/display.do?%24context=25E59E4394588512E177> Die Auskünfte dürfen nicht älter als drei Monate sein.

6.3 Bescheinigung in Steuersachen des Finanzamts**Hinweis:**

Die Bescheinigung darf nicht älter als drei Monate sein und ist im Original zu vorzulegen.

6.4 Auszug aus dem Schuldnerverzeichnis des Vollstreckungsgerichts (§ 882b ZPO) sowie Auskunft des Insolvenzgerichts, ob Verfahren eröffnet wurden?

Ich versichere die Richtigkeit der vorstehend gemachten Angaben. Ohne diese Angaben kann der Antrag zu I. nicht bearbeitet werden. Mir ist bekannt, dass die Spielhalle oder das ähnliche Unternehmen erst nach Erteilung der Erlaubnis betrieben werden darf.

Ort, Datum Unterschrift

(Absender Antragsteller/in)

**An die
Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion (ADD)
Willy- Brandt- Platz 3
D- 54290 Trier**

**über die
Stadt-/Gemeindeverwaltung Musterstadt
Anschrift**

II. Antrag auf Erteilung einer glücksspielrechtlichen Erlaubnis gemäß § 11 LGLüG i. V. m. § 15 Abs. 3 Satz 2 LGLüG

1. Steht die Spielhalle in einem baulichen Verbund mit weiteren Spielhallen in einem gemeinsamen Gebäude oder Gebäudekomplex, oder betreiben Sie im Gebäudekomplex weitere Spielhallen?

Nein

Ja

2. Ist der Mindestabstand von 500 m Luftlinie zu anderen Spielhallen eingehalten?

Nein

Ja

3. Ist der Mindestabstand von 500 m Luftlinie zu öffentlichen oder privaten Einrichtungen, die überwiegend von Minderjährigen besucht werden, eingehalten?

Nein

Ja

4. Wie werden die Jugendschutzanforderungen gemäß § 4 Abs. 3 GlüStV eingehalten?

Erläuterung:

5. Wie werden die Werbebeschränkung gemäß § 5 GlüStV beachtet?

Erläuterung:

Das für den Betrieb entwickelte Sozialkonzept

- liegt bei liegt der Erlaubnisbehörde vor wird nachgereicht

6. In welcher Form wurde Ihr Personal gemäß § 6 GlüStV geschult?
(Nachweis bitte beifügen)

7. Wie wird die Aufklärung der Kunden über Suchtrisiken gemäß § 7 GlüStV sichergestellt?

Erläuterung

Datenschutzrechtliche Hinweise:

Die erfragten personenbezogenen Daten sind für die Bearbeitung Ihres Antrags zu II. erforderlich und werden zur weiteren Bearbeitung benötigt. Ihre Erhebung erfolgt gemäß § 13 Bundesdatenschutzgesetz und den einschlägigen landesrechtlichen Datenschutzvorschriften.

Ich versichere die Richtigkeit der vorstehenden Angaben.

Ort, Datum

Unterschrift Antragsteller/in

Anlagen: